



# Antrag

|  |                     |                                       |                                       |
|--|---------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|
| Vorlage: AT/0147/2020  |                     | Datum: 19.06.2020                     |                                       |
|  |                     |                                       |                                       |
| Verfasser:   | 04-Ratsfraktion AfD | Az.:                                  |                                       |
| <b>Betreff:</b>  |                     |                                       |                                       |
| <b>Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Resolution gegen Linksextremismus</b> |                     |                                       |                                       |
| Gremienweg:  |                     |                                       |                                       |
| 02.07.2020   | Stadtrat            | <input type="checkbox"/> einstimmig   | <input type="checkbox"/> mehrheitl.   |
|  |                     | <input type="checkbox"/> abgelehnt    | <input type="checkbox"/> Kenntnis     |
|  |                     | <input type="checkbox"/> verwiesen    | <input type="checkbox"/> vertagt      |
|  |                     | <input type="checkbox"/> Enthaltungen | <input type="checkbox"/> Gegenstimmen |
|  | TOP                 | öffentlich                            | ohne BE<br>abgesetzt<br>geändert      |

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Der Stadtrat erkennt an, dass es in der Region Koblenz eine gewaltbereite linksextreme Szene gibt, die sich in den letzten Jahren radikalisiert und verschiedene Aktionen gegen politische Gegner und Andersdenkende durchgeführt hat, um in der Stadt eine Drohkulisse aufzubauen.
- 2) Der Stadtrat weist jede Erscheinungsform von Linksextremismus mit Entschiedenheit zurück.
- 3) Der Stadtrat befürwortet und unterstützt Maßnahmen und Programme, welche zu einer differenzierten Analyse und wirkungsvollen Bekämpfung von Linksextremismus beitragen. Zu diesem Zweck sollen Mittel aus dem Förderprogramm „Demokratie leben!“ bereitgestellt werden.
- 4) Der Stadtrat beabsichtigt die Einrichtung eines Expertenpanels zum Thema „Linksextremismus“.
- 5) Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob linksextreme Akteure und Gruppierungen direkt oder indirekt Fördermittel aus dem kommunalen Haushalt erhalten haben.
- 6) Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es Formen der Kooperation zwischen der Stadt Koblenz und dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus Koblenz“ gegeben hat.
- 7) Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und inwieweit in Koblenz eine Infiltration von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Jugendorganisationen (e.g. „Fridays for Future“) durch linksextreme Strömungen festgestellt werden kann.
- 8) Die Stadtverwaltung wird beauftragt konkrete Maßnahmen einzuleiten, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Koblenzer Stadtgebiet vollumfänglich zu gewährleisten und linksextreme Übergriffe zu verhindern.
- 9) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Aufkleber und Graffitis mit linksextremen Inhalten konsequent zu beseitigen.

## Begründung:

Auch in Koblenz existiert mittlerweile ein gut vernetztes Antifa-Milieu, das zunehmend aggressiv und denunziatorisch vorgeht. Bei der „Autonomen Antifa Koblenz“ liegen mittlerweile die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz vor. Die Vorfälle im Stadtrat haben gezeigt, dass zwischen den drei linken Ratsfraktionen und der lokalen linksextremen Szene enge personelle und ideologische Verflechtungen bestehen. Die Antifa hat längst den Status einer Vorfeldorganisation erreicht.

Für die einzelnen linksextremen Verbände und Gruppierungen hat die Initiative „Aufstehen gegen Rassismus Koblenz“ als zentrale Anlaufstelle und Bindeglied fungiert. Es handelt sich dabei um den regionalen Ableger der Organisation ‚Aufstehen gegen Rassismus‘ (AgR), der mittlerweile als eingetragener Verein unter ‚Schängel\*innen gegen Rechts‘ (SgR) firmiert. Nach Auffassung des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg wird AgR „von Linksextremisten sowie von linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen unterstützt.“ So steht hinter AgR die ‚Interventionistische Linke‘ (IL) – einer der Drahtzieher der schweren Ausschreitungen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg. Unter anderem aus diesem Grund beobachtet der Verfassungsschutz die IL und ordnet sie dem gewalttätigen Linksextremismus zu. Geführt wird AgR bzw. SgR von Sebastian Beuth, der für die Grünen im Stadtrat sitzt und als Koordinator des Koblenzer Antifa-Milieus bekannt ist. Aus verschiedenen Postings geht hervor, dass der Verein Gewalt und Denunziation weiterhin als legitime Mittel zur Erreichung seiner politischen Ziele betrachtet.

In jüngster Zeit sind immer wieder auch parteiunabhängige zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen in das Fadenkreuz der linksextremen Szene geraten. Betroffene Bürger berichten von systematischen Diffamierungskampagnen, Drohungen gegen Gastwirte und Vermieter sowie massiven Störungen, Sachbeschädigungen und Übergriffen, die wiederholt zu Absagen oder Abbrüchen von Veranstaltungen geführt haben. In Sozialen Netzwerken kursierten sogar „Todeslisten“ und Morddrohungen.

Am 23.05.2020 versuchte ein aggressiver Mob der linksextremen Szene in Koblenz eine Versammlung von Bürgern, die eine Schifffahrt auf dem Rhein unternehmen wollten, zu stören. Bei dieser Aktion kam es zu Bedrohungen und systematischen Einschüchterungsversuchen - die Opfer mussten angesichts der Drohkulisse den Eindruck haben, dass auch gewalttätige Übergriffe auf sie jederzeit hätten folgen können. In der „Rhein-Zeitung“ berichtete der Unternehmer Gilles, dass er bedroht und sein Fahrgastgeschäft an diesem Tag stark beeinträchtigt wurde. Als Köpfe dieser Aktion wurden die Ratsmitglieder Sebastian Beuth (Grüne) und Oliver Antpöhler (Linke) identifiziert.

Vor diesem Hintergrund müssen zudem die bislang erfolgte Kulturförderung von Land und Stadt für den Verein „Brot und Spiele“ und die Vernetzungsaktivitäten in der Gastronomie „Circus Maximus“, die mit dem Verein eng verbunden ist, in den Blick genommen werden. „Brot und Spiele e.V.“ nutzte Adresse, Räumlichkeiten und Angebote des „Circus“. Er erhielt über Jahre hinweg eine systematische Förderung für „Allgemeine Kulturarbeit“ und sogenannte „Poetry-Slam“-Veranstaltungen, die kaum Aufwand erfordern und aus einfachen Darbietungen bestehen. Die staatliche Unterstützung belief sich alleine in den Jahren 2011-2016 auf 55.000 Euro (Land) und 23.500 Euro (Stadt), insgesamt also 78.500 Euro. Recherchen und Anfragen der AfD-Fraktion haben ergeben, dass der „Circus Maximus“ ein fester Bestandteil und Anlaufpunkt der linken und linksextremen Szene in Koblenz ist. Exemplarisch kann hier das „Antifaschistische Netzwerk Koblenz“ genannt werden, welches nach Auskunft der Landesregierung „seit November 2017 in monatlichen Abständen eine sogenannte ‚Offene Linke Plattform‘ im Circus Maximus in Koblenz durchführt.“ Weiter heißt es, dass „der Internet-Aufruf des Netzwerks zur letzten Veranstaltung am 22. Februar 2018 auch von der Antifa Koblenz geteilt“ worden ist. Folglich kann konstatiert werden, dass mit Geldern der Öffentlichen Hand, die an den „Circus“ flossen, zumindest mittelbar auch linksextreme Strukturen unterstützt worden sind. Eine Revision der bisherigen Förderungspraxis ist daher unumgänglich.

Ob Meinungs- und Versammlungsfreiheit, informationelles Selbstbestimmungsrecht, Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Recht auf Eigentum – Linksextreme nehmen für sich in Anspruch, diese und andere Grundrechte einschränken zu können. Linksextremismus hat letztlich die Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zum Ziel.

**Auswirkungen auf den Klimaschutz: -**